



ÖFD Zeitung – FriedensDienst Nr. 3/99

Direktes Engagement und nachhaltige Wirkung

LIF, Zivilcourage und ZFD

Gespräch mit LIF-Klubobfrau stellvertreter Volker Kier am 26. 8. 1999

TeilnehmerInnen: Johannes Chudoba, Marion Thuswald

ÖFD: Wie sehen Sie die Bedeutung von Zivilen Friedensdiensten im Kontext einer umfassenden Konfliktbearbeitung bzw. -prävention?

KIER: Zivile Friedensdienste halten wir für wesentlich, weil sie eine Möglichkeit sind, sehr direkt operativ zu wirken. Mir ist bewußt, daß man einen "gestandenen" Nationalisten, der Regierungschef wird und die Armee in der Hand hat, nicht kurzfristig mit dem Friedensdienst schrecken kann. Aber eine Bevölkerung, die anders geprägt ist, schickt dem nationalistischen Premier nicht mehr so gerne ihre Soldaten. Dessertation wird auf einmal ein konstruktives Element. Das muß ich aber in 10-Jahresdimensionen denken. Nur wenn ich nie damit anfangen, wird nie etwas sein. Sowohl die Politik als auch die Trägerorganisationen haben hier Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Anhand von hinter uns liegenden Konfliktabläufen muß deutlicher gezeigt werden, wo die Zeitpunkte gewesen wären, um Weichen ganz anders zu stellen. Der Balkan ist ein Referenzprojekt dafür.

ÖFD: Was könnten die nächsten konkreten Schritte in Richtung einer breiteren und sicheren Basis der ZFD sein? Ist es sinnvoll ein eigenes Friedensdienstgesetz zu schaffen oder bestehende Gesetze zu ergänzen?

KIER: Wir sind der Auffassung, daß die Wehrpflicht ein Anachronismus ist. Weil bei uns der Zivildienst als Wehersatzdienst konstruiert ist, muß er zwingendermaßen in seiner jetzigen Form wegfallen, wenn die Wehrpflicht aus dem System herausgenommen wird. Auf die Frage, wie sich das auf die ZFD auswirkt, muß man die politische Antwort geben, will ich das oder will ich das nicht. Wie soll das ablaufen? Vorbild kann die Bewährungshilfe sein, die mit sozusagen "beliehenen" Trägervereinen organisiert ist, die zertifiziert sind,. Das könnte ich mir für den Friedensdienst blendend vorstellen. Das würde sicherstellen, daß der NGO-Charakter, der nicht unwichtig ist, erhalten bleibt. Es gäbe nicht ein einziges Monopol, sondern zwei, drei solche Organisationen. Die Verantwortung wird delegiert und doch nicht völlig aus der Hand gegeben.

ÖFD: Wie kann eine Finanzierung aussehen?

KIER: Erstens sind wir kein armes Land. Zweitens ist die Umwegrentabilität hochrangig lukrativ. Wenn ein Konflikt abgebaut werden kann, hat das nachhaltig wirtschaftliche Vorteile. Das Wort ist in der Politik nicht sonderlich beliebt, denn das kann man nicht plakativ und man kann nicht in TV-Diskussionen damit punkten. Die Finanzierung fände im Budget statt, wäre letztlich an der Schnittstelle zur Privatwirtschaftsverwaltung, es gäbe keinen klagbaren Rechtsanspruch, wie es bei direkten öffentlichen Ausgaben ist und es müßte sichergestellt sein, daß nicht Jahr für Jahr entschieden wird, sondern daß man 5-Jahresprojekte finanzieren kann.

ÖFD: Wie wird sich Ihre Partei für die Friedensdienste einsetzen?

KIER: Was wir können, werden wir tun, wenn die Trägerorganisationen sich koordiniert verhalten.

ÖFD: Wie können wir von unserer Seite Ihre Arbeit für die ZFD unterstützen?

KIER: Wie gesagt, möglichst abgestimmt kooperieren. Es geht darum, Bündnispartner zu suchen, die sich dann z. B. in einer Plattform zusammenschließen. Wichtig sind auch Kontakte zu Leuten, die etwas zu sagen haben. Daraus kann sich ein Unterstützungskomitee formieren.

ÖFD: Wie sind Ihre Perspektiven bezüglich Bundesheer, allgemeiner Wehrpflicht, Zivildienst, Ziviler Friedensdienste für Österreich?

KIER: Mit der Wehrpflicht wird man nicht durchkommen. Es muß etwas geschehen. Die historische Wurzel der Wehrpflicht geht ja weit zurück. In einer modernen Gesellschaft funktioniert das allerdings anders, als in einer archaischen Gesellschaft, wo jeder den Pflug auf die Seite stellt und den Speer auspackt. Daß es auch gefährlich sein kann, nur Berufsheer zu haben, wissen wir. Allerdings, wenn man z. B. eine Volksabstimmung über die Neutralität wird machen müssen, wird man irgend etwas brauchen, was man auch wirklich herzeigen kann. Da ist es gut, wenn ich offensive Tools habe wie z. B. den Friedensdienst.

ÖFD: Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik, einer österreichischen Neutralitätspolitik?

KIER: Aktive Neutralitätspolitik - das erinnert mich stark an Münchhausen, der auf der Kanonenkugel reitet. Wir haben aber nicht mal die Kanonenkugel. Wir haben nie eine aktive Neutralitätspolitik sondern nur eine aktive Außenpolitik gemacht in der Ära unter Kreisky. Allerdings hat sich die Lage verändert. Wir sind fast nur von NATO - Staaten umzingelt, wir sind in der Europäischen Union und haben uns zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet. Wenn wir sagen, wir bleiben Neutrale im Verständnis des Neutralitätsgesetzes, dann heißt das, daß wir uns zu hundert Prozent entsolidarisieren. Noch dazu wo wir inzwischen die Neutralität längst aufgegeben haben. Wir verhalten uns nur mehr wie ein bündnisfreies Land, das ist ein riesiger Unterschied. Neutralität hieße, daß ich mich unter keinen Umständen in irgendeiner Weise in irgendeinen Konflikte einmische. Dazu reicht es nicht aus, dass ich derzeit bündnisfrei bin, bzw. derzeit an keinem Krieg teilnehme. Ich glaube, daß ein staatlich kontrolliertes Gewaltmonopol innen und außen notwendig ist - und an dem muß man mitwirken. Daher haben wir gesagt, das Bundesheer muß abgeschafft werden, Wehrpflicht weg, wir brauchen eine vernetzt multinationale militärische Unit.

ÖFD: Wie kann eine Finanzierung aussehen?

KIER: Erstens sind wir kein armes Land. Zweitens ist die Umwegrentabilität hochrangig lukrativ. Wenn ein Konflikt abgebaut werden kann, hat das nachhaltig wirtschaftliche Vorteile. Das Wort ist in der Politik nicht sonderlich beliebt, denn das kann man nicht plakatieren und man kann nicht in TV-Diskussionen damit punkten. Die Finanzierung fände im Budget statt, wäre letztlich an der Schnittstelle zur Privatwirtschaftsverwaltung, es gäbe keinen klagbaren Rechtsanspruch, wie es bei direkten öffentlichen Ausgaben ist und es müßte sichergestellt sein, daß nicht Jahr für Jahr entschieden wird, sondern daß man 5-Jahresprojekte finanzieren kann.

ÖFD: Wie wird sich Ihre Partei für die Friedensdienste einsetzen?

KIER: Was wir können, werden wir tun, wenn die Trägerorganisationen sich koordiniert verhalten.

ÖFD: Wie können wir von unserer Seite Ihre Arbeit für die ZFD unterstützen?

KIER: Wie gesagt, möglichst abgestimmt kooperieren. Es geht darum, Bündnispartner zu suchen, die sich dann z. B. in einer Plattform zusammenschließen. Wichtig sind auch Kontakte zu Leuten, die etwas zu sagen haben. Daraus kann sich ein Unterstützungskomitee formieren.

ÖFD: Wie sind Ihre Perspektiven bezüglich Bundesheer, allgemeiner Wehrpflicht, Zivildienst, Ziviler Friedensdienste für Österreich?

KIER: Mit der Wehrpflicht wird man nicht durchkommen. Es muß etwas geschehen. Die historische Wurzel der Wehrpflicht geht ja weit zurück. In einer modernen Gesellschaft funktioniert das allerdings anders, als in einer archaischen Gesellschaft, wo jeder den Pflug auf die Seite stellt und den Speer auspackt. Daß es auch gefährlich sein kann, nur Berufsheer zu haben, wissen wir auch. Allerdings, wenn man z. B. eine Volksabstimmung über die Neutralität wird machen müssen, wird man irgend etwas brauchen, was man auch wirklich herzeigen kann. Da ist es gut, wenn ich offensive Tools habe wie z. B. den Friedensdienst.

ÖFD: Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik, einer österreichischen Neutralitätspolitik?

KIER: Aktive Neutralitätspolitik - das erinnert mich stark an Münchhausen, der auf der Kanonenkugel reitet. Wir haben aber nicht mal die Kanonenkugel. Wir haben nie eine aktive Neutralitätspolitik sondern nur eine aktive Außenpolitik gemacht in der Ära unter Kreisky. Allerdings hat sich die Lage verändert. Wir sind fast nur von NATO - Staaten umzingelt, wir sind in der Europäischen Union und haben uns zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet. Wenn wir sagen, wir bleiben Neutrale im Verständnis des Neutralitätsgesetzes, dann heißt das, daß wir uns zu hundert Prozent entsolidarisieren. Noch dazu wo wir inzwischen die Neutralität längst aufgegeben haben. Wir verhalten uns nur mehr wie ein bündnisfreies Land, das ist ein riesiger Unterschied. Neutralität hieße, daß ich mich unter keinen Umständen in irgendeiner Weise in irgendeinen Konflikte einmische. Dazu reicht es nicht aus, dass ich derzeit bündnisfrei bin, bzw. derzeit an keinem Krieg teilnehme. Ich glaube, daß ein staatlich kontrolliertes Gewaltmonopol innen und außen notwendig ist - und an dem muß man mitwirken. Daher haben wir gesagt, das Bundesheer muß abgeschafft werden, Wehrpflicht weg, wir brauchen eine vernetzt multinationale militärische Unit.